

BERLINER TEILHABEBEIRAT

Entwurf Ergebnisprotokoll zur Sitzung des Berliner Teilhabebeirats

Datum: 13.05.2022 Ort: Videokonferenz

Beginn: 13:00 Uhr, Ende: 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder, stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder und angemeldete Gäste

Name	Organisation/Institution
1. Christoph, Wenke	Staatssekretärin für Integration und Soziales (Vorsitzende)
2. Holl, Katharina	Landesbeirat für Menschen mit Behinderung (stellvertretende Vorsitzende)
3. Erdem, Isabelle	Landesbeirat für Menschen mit Behinderung
4. Groth, Claudia	Landesbeirat für Menschen mit Behinderung
5. Loos, Stephanie	Landesbeirat für Menschen mit Behinderung
6. Stenger, Birgit	Landesbeirat für Menschen mit Behinderung
7. Wegener, Uwe	Landesbeirat für psychische Gesundheit
8. Peth, Christian	Der Paritätische Berlin (stellvertretender Vorsitzender)
9. Schödl, Regina	Der Paritätische Berlin
10. Wasieleswski, Benjamin	Arbeiterwohlfahrt
11. Braunert-Rümenapf, Cristine	Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung
12. Schuster, Ines	Gst. Landesbeirat für Menschen mit Behinderung (Referentin)
13. Nöll, Oliver	Bezirksstadtrat Soziales Friedrichshain-Kreuzberg
14. Kempert, Gregor	Bezirksstadtrat Soziales Spandau
15. Gellert, Oliver	Bezirksstadtrat Jugend Spandau
16. Bienge, Nicole	Bezirksstadträtin Jugend Marzahn-Hellersdorf
17. Dannenberger, Michael	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
18. Delenk, Jadwiga	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
19. Uelze, Kerstin	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
20. Winter-Witschurke	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
21. Arnhold, Jihane	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

22. Artik, Hannah	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
23. Heinisch, Daniel	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
24. Holzheier, Stefan	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
25. Ilhan, Jeyda Ebru	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
26. Oelhaf, Anna	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
27. Pester, Theres	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
28. Rehse, Dr. Catharina	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
29. Tjaden, Maike	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
30. Würtz, Dr. Julia	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
31. Klauß, Angelika	Landesamt für Gesundheit und Soziales
32. Kusserow, Norma	Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
33. Mönke-Schmidt, Ulrike	Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
34. Radzimanowski	Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
35. Schönhoff	Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
36. Richter, Katrin	Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte
37. Kluge, Kristin	Bezirksamt Spandau SPD
38. Frau Härms	Projekt Mensch im Mittelpunkt
39. Frau Stckmann	Projekt Mensch im Mittelpunkt
40. Repkow, Lars	Kienbaum Consultings
41. Vasilakis, Katharina	Kienbaum Consultings

TOP 1 - Begrüßung und Bestätigung der Tagesordnung / Verfahren **Ausführungsvorschrift Eingliederungshilfe**

- Die Sitzung wird von Frau Staatssekretärin Christoph eröffnet. Es folgt die Begrüßung der Teilnehmenden
- Die Tagesordnung wurde angenommen und die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt
- Anknüpfend an die vergangene Sitzung, in der eine schriftliche qualifizierte Stellungnahme zu den Stellungnahmen aus dem Teilhabebeirat zur Ausführungsvorschrift Eingliederungshilfe Entwurf März 2022 gewünscht

wurde, wird von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales der Vorschlag unterbreitet, die Stellungnahme im Rahmen eines mündlichen Diskussionsprozesses durchzuführen, in dem alle Punkte gemeinsam durchgegangen und besprochen werden können. Der Vorschlag eines ausschließlich mündlichen Diskussionsprozesses wurde abgelehnt, eine schriftliche Stellungnahme wird weiterhin zusätzlich zur mündlichen Diskussion gefordert. Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales hat daraufhin darauf hingewiesen, dass der Prozess sich dadurch verzögern werde.

TOP 2 - Beschluss des Protokolls der Sitzung am 26.11.2022

- Das Protokoll der Sitzung am 26.11.2022 wurde mit folgenden Änderungen angenommen:
 - Die Aussage unter „Aktuelles“, dass der Tagesordnungspunkt „Gewaltschutz für Frauen mit Behinderungen“ als Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung aufgenommen werden soll, soll wie folgt geändert werden:
 - „- Frau Holl weist im Rahmen des Internationalen Aktionstages gegen Gewalt an Frauen (25.11.) auf die Herausforderungen beim Gewaltschutz für Frauen mit Behinderungen in der Eingliederungshilfe hin:
 - Der Gewaltschutz für Frauen mit Behinderungen wird noch zu wenig beachtet. Ein fließender, unbürokratischer Übergang zu Eingliederungshilfeleistungen nach dem Verbleib in einem Frauenhaus ist insbesondere für Neuanträge nicht gewährleistet und stellt die Frauen vor riesige Hürden.
 - Im Sinne der Istanbul-Konvention mangelt es weiterhin an barrierefreien Frauenschutzeinrichtungen sowie barrierefreien Zugängen zum Hilfesystem.
 - Ein Austausch dazu findet seit 2022 mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales innerhalb der Arbeitsgruppe Frauen mit Behinderungen statt. Ein gesonderter Tagesordnungspunkt dazu wird für die ordentliche Sitzung am 09.09.2022 geplant.“

TOP 3 - Neuwahl von zwei stellvertretenden Vorsitzenden des Berliner Teilhabebeirates

- Die beiden bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, stellen sich erneut zu Wahl:
 - Katharina Holl vom Netzwerk behinderter Frauen e.V. und Vertreterin des Landesbeirates für Menschen mit Behinderungen
 - Christian Peth vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin und Vertreter der LIGA

- Beide Vertretungen wurden ohne Gegenstimmen, bei einer Enthaltung zu den stellvertretenden Vorsitzenden gewählt

Ergänzung: Benennung von Mitgliedern für die Arbeitsgruppen Manual Ziel- und Leistungsplanung (AG Manual ZLP) und die AG nach § 35 Abs. 5 Wohnteilhabegesetz

- Der Teilhabebeirat wurde aufgefordert Interessensvertretungen für die hausinterne Arbeitsgruppe Manual ZLP zur Erstellung einer Arbeitshilfe für die Fachdienste zu benennen. Zudem ist der Teilhabebeirat aufgefordert Mitglieder für die Arbeitsgruppe nach § 35 Abs. 5 Wohnteilhabegesetz zu benennen.
 - Allerdings wurde dieser Vorgang stark kritisiert, da die Entsendung eigentlichen vom Landesbeirat für Menschen mit Behinderung erfolgen müsste und durch die Fachverwaltung bereits eine Person für die Interessensvertretung benannt wurde.
- Es wurde entschieden die Benennung zu verschieben und dass es vor der nächsten Sitzung eine Klärung hierzu geben werde, um das Thema dann noch einmal im Gremium zu besprechen
-

TOP 4 - Projekt „Mensch im Mittelpunkt – Bundes-Teilhabe-Gesetz“ von der Lebenshilfe Berlin

- Es wurde das Projekt „Mensch im Mittelpunkt – Bundes-Teilhabe-Gesetz“ durch die Projektleiterin Franziska Herms vorgestellt (siehe hierzu Anlage I)
- Im Anschluss der Präsentation wurden folgende Punkte erläutert/diskutiert:
 - Es wurde gefragt, ob es auch eine Zusammenarbeit mit der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) und/oder den Teilhabefachdiensten (im weiteren Teilhabefachdienste) gäbe
 - Die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) seien für eine hierfür angesprochen worden und weitere Zusammenarbeiten zum Beispiel mit den Teilhabefachdiensten sind geplant
 - Weiterhin wurde gefragt, ob sich das Projekt auch an Kinder und Jugendliche richten würde
 - Dies wäre leider nicht der Fall
 - Es kam der Vorschlag, die Zielgruppe auf schwerstbeeinträchtigte Menschen mit Behinderungen zu erweitern
 - Frau Herms würde sich eine Erweiterung der Zielgruppe wünschen, allerdings könne das Projekt dies im Moment nicht leisten

TOP 5 - Organisationsuntersuchung der Häuser der Teilhabe

- Die geplante Organisationsuntersuchung wurde von Herrn Repkow und Frau Vasilakis von der Firma Kienbaum Consulting vorgestellt (siehe Anlage II)
- Im Anschluss der Präsentation wurden folgende Punkte erläutert/diskutiert:

- Es wurden einige Fragen zum Personenkreis der Untersuchung gestellt, ob Leistungsberechtigte, Leistungserbringer, die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) oder der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD)
 - Die Untersuchung hat vor allem die Sicht der Teilhabefachdienste (THFD) in den Bezirken und des Landesamtes für Gesundheit und Soziales im Blick. Die Leistungsberechtigten, Leistungserbringer, die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) oder der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) werden miteinbezogen, auf ihnen liegt aber nicht der Untersuchungsfokus.
 - Zu untersuchende Aspekte sind zum Beispiel die Abläufe im Eingliederungshilfeverfahren, deren Stand der Digitalisierung, die Personalressourcen der Mitarbeitenden in den Teilhabefachdiensten (THFD) oder deren Haltung gegenüber den Leistungsberechtigten Personen
- Mit dem Berliner Teilhabebeirat ist ein Experteninterview geplant, wann und wie genau dieses stattfinden soll wird derzeit noch geplant

TOP 6 - Thema „Übergang Schule - Beruf“: Weiterentwicklung des vom Berliner Senat am 17.03.2015 beschlossenen „Landeskonzept Berufs- und Studienorientierung Berlin“

- Herr Dannenberg (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie) stellte kurz den Aufbau des Landeskonzeptes Berufs- und Studienorientierung vor
 - Dies beinhaltet die Punkte strukturelle Rahmenbedingungen, individuelle Orientierung, Praxisbezug Dokumentation, Übergang und Qualitätsentwicklung
 - für die Dokumentation werde die „Berufswahlapp“ entwickelt
 - man arbeite in enger Abstimmung mit den Jugendberufsagenturen
 - Frau Loss merkte jedoch an, dass die Arbeit mit diesen nicht gut funktionieren würde, da schwerbehinderte junge Menschen gar nicht erst in Kontakt mit diesen kommen würden
- Frau Braunert-Rümenapf erfragte, wie den die barrierefreie Kommunikation mit den jungen Menschen mit Behinderung sichergestellt werde
 - die Erprobung der App sei vor Allem durch inklusive Schwerpunktschulen vorgesehen
 - die App selbst könne nach Fertigstellung auch im Berliner Teilhabebeirat vorgestellt werden

TOP 7 - Beschlussvorlage: Umsetzung des Punktes 2 Absatz 12, Satz 1 der Richtlinien der Regierungspolitik für die Jahre 2021 bis 2026: „Die Refinanzierung des Tarifvertrages für Assistentinnen und Assistenten im Arbeitgebermodell wird sichergestellt.“

- Der Berliner Teilhabebeirat soll über die Beschlussvorlage zur Sicherstellung der Refinanzierung des Tarifvertrages für Assistentinnen und Assistenten im Arbeitgebermodell abstimmen (Anlage III)
- Die Beschlussvorlage wurde ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen

TOP 8 - Beschlussvorlage: Umsetzungsstand einer berlinweit einheitlichen Verfahrensstruktur für die Eingliederungshilfe

- Der Berliner Teilhabebeirat soll über die Beschlussvorlage zum Umsetzungsstand einer berlinweit einheitlichen Verfahrensstruktur für die Eingliederungshilfe abstimmen (Anlage IV)
- Dadurch, dass es noch Änderungen zur Vorlage gab, die noch eingearbeitet werden mussten, einigte man sich darauf hierzu einen Beschluss im Umlaufverfahren zu erstellen

TOP 9 - Bericht aus dem Steuerungskreis und Beschlüsse

- Der Berliner Teilhabebeirat soll über die Beschlussvorlage zu Empfehlungen zum Verfahren zur qualifizierten Rückmeldung zu Beschlüssen abstimmen (Anlage V)
 - es wurde sich darauf geeinigt, dass es eine neue Vorlage für Beschlüsse geben soll, in der die Adressaten direkt benannt werden sollen
 - außerdem soll es eine Ergebnisdokumentation für kommende Beschlüsse und eine Vorlage für qualifizierte Rückmeldungen aus dem Berliner Steuerungskreis geben
- Die Beschlussvorlage wurde ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen

TOP 10 - Themen aus den Bezirksteilhabebeiräten

A.) Einfache Assistenz – Qualifizierte Assistenz Unterstützungsleistungen zur Verselbständigung aus einer Hand! (Steglitz-Zehlendorf)

B.) Berechtigung zur Erlangung von persönlicher Assistenz für Volljährige (Steglitz-Zehlendorf)

- Es besteht Einvernehmen, dass beide Themen von gesamtstädtischer Bedeutung sind und damit im Zuständigkeitsbereich des Berliner Teilhabebeirats liegen.

- Aufgrund fehlender Zeit wird vereinbart, dass der Fachbereich im Nachgang zur Sitzung eine schriftliche inhaltliche Rückmeldung zu den Themen an den Bezirksteilhabebeirat Steglitz-Zehlendorf und an den Berliner Teilhabebeirat schickt.

TOP 11 - Sonstiges

- Es wird angeregt, dass der Teilhabebeirat eine Sitzung mehr pro Jahr, also ein Mal pro Quartal, tagt, da die Tagesordnung des Teilhabebeirats meist sehr voll ist und Tagesordnungspunkte verschoben werden müssen.